

# Menschenhandel

## Tatsachen enthüllen den rücksichtslosen Umgang der BRD mit Menschenchicksalen und mit dem Völkerrecht

Berlin (ADN). Unter Anwendung aller Methoden der Versprechungen, der Verlockungen, des psychologischen Drucks und unverhüllter Abwerbung werden Bürger der DDR dazu gebracht, über dritte Länder ihre Heimat zu verlassen. Verbunden ist der Menschenhandel mit einer zügellosen Verleumdungskampagne gegen die DDR. All dies geschieht unter Mißachtung der Staatsbürgerschaft der DDR, unter der Anmaßung einer sogenannten „Obhutspflicht für alle Deutschen“. Die Aktionen der BRD sind generalstabsmäßig vorbereitet, sie werden skrupellos durchgeführt; so wie es dem Charakter der kapitalistischen Gesellschaft entspricht.

### Menschenhandel mit Diplomatenpaß

Seit Monaten schon liefen in der Budapest BRD-Botschaft die Vorbereitungen für den organisierten Menschenhandel: Bereits im Mai sprach der Leiter der Konsularabteilung der Botschaft, Christian Much, davon, daß im Juli oder August in Ungarn „Flüchtlingslager“ eingerichtet werden, aus denen eine Ausreise in die BRD möglich sei.

In den Urlaubsorten rund um den Balaton tauchten denn auch zahlreiche „Spezialisten“ auf, die vor allem junge DDR-Bürger zielgerichtet ansprachen, in Gaststätten einladen und „freihielten“, zum ungesetzlichen Grenzübergang nach Österreich inspirierten und oftmals mit einer „Starthilfe“ lockten.

Mitte August werden unter anderem über dem Zeltplatz Slendro/Esztergom bei Budapest aus einem einmotorigen Sportflugzeug Flugblätter abgeworfen, in denen DDR-Bürgern freie Stellen in der BRD offeriert werden.

Auf Campingplätzen erscheinen an Autos mit DDR-Kennzeichen Mittelungen mit Hinweisen für einen großangelegten „Grenzdurchbruch“ nach Österreich und „Durchschleusung“ in die BRD. Diese Aktion startet unter Schirmherrschaft des CSU-Politikers und verhinderten österreichischen Thronfolgers Otto von Habsburg am 20. August im Rahmen eines sogenannten Pan-Europäischen Picknicks bei Sopron, für das Tage zuvor Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie spezielle Emissäre landesweit Propaganda gemacht hatten. Die Wiener BRD-Botschaft organisiert Busse für die „Heimholung der Flüchtlinge“, die von Bonn sofort in „Obhut“ genommen werden. Die US-amerikanische Nachrichtenagentur AP bemerkt zu dieser Aktion: minutiös vorbereitet.

Zuvor hatte der Leiter der Konsularabteilung der BRD-Botschaft, der bereits genannte Much, DDR-Bürgern schon die „Besetzung“ der bundesrepublikanischen Botschaft in Budapest angeraten. Er erfaßte ihre Namen, Geburtsdaten und Arbeitsstellen. Verbal machte der Konsul darauf aufmerksam, daß die von ihm angeratene Besetzung der Botschaft eigentlich strafbar ist. Sie sei jedoch

### Als Malteser getarnt

Bei der Errichtung der Lager spielte der sogenannte Malteser-Hilfsdienst, in den die Bonner Botschaft ihre Leute eingeschleust hatte, eine besondere Rolle. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Die Angehörigen der Botschaft sind allesamt für 25 DM dem ungarischen Malteser-Caritas-Dienst beigetreten und geben den Deutschen aus der DDR nun in den Hinterzimmern der katholischen Kirche von

die einzige Möglichkeit, die Ausreise zu erzwingen. Anderen empfahl der Konsul, zu versuchen, die Grenze der UVR illegal zu durchbrechen. Wieder andere erhielten den „Ratschlag“, in Budapest unterzutauchen. Im „Stern“ ist zum Wirken der Menschenhändler mit Diplomatenpaß zu lesen: Da werde von den Beamten geraten, tauchen Sie zunächst in der Stadt unter und kommen Sie wieder in die Botschaft, wenn Sie Geld brauchen. Auch Fluchttips seien gegeben worden. „Laufen Sie weiter, wenn geschossen wird“, lautete dem „Stern“ zufolge eine dieser „Empfehlungen“. Die Wachposten hätten die Anweisung, nur in die Luft zu schießen.

Völkerrechtswidriges Verhalten demonstrierte die BRD dann auch außerhalb ihrer Budapest Botschaft auf ungarischem Territorium: Laut „Frankfurter Rundschau“ wurden „Auffanglager“ für DDR-Bürger unter direkter bundesdeutscher Regie und intensiven Aktivitäten von Diplomaten und anderem Botschaftspersonal geschaffen.

Neben den Aufrufen zur offenen Grenzverletzung wurde damit unter direkter Beteiligung der BRD-Botschaft eine „zweite Fluchtschiene“ aufgebaut. Ihr Ziel: die „Zusammenfassung“ all jener DDR-Bürger, die zunächst beim illegalen Grenzübergangversuch von den ungarischen Behörden gestellt und ins Landesinnere zurückgeschickt wurden.

Im Kreis der Lagerinsassen tauchten immer häufiger Bürger aus der Bundesrepublik auf, die sich als „Schlepper“ anboten. So forderte ein solcher Mann 7000 DM für seine „Dienste“, berichtet die Mainzer „Allgemeine Zeitung“. Das Opfer des Menschenhandels sollte einen Schuldschein unterzeichnen, zahlbar in der BRD. In Einzelfällen wird eine Art Vertrag abgeschlossen, in welchem DDR-Bürger mit ihrer Unterschrift ihre Schleusungsabsicht dokumentieren sollen. Der Vertrag sichert den Schleusern ein „Schleusungsgeld“ (Kopfgeld) zu. Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ spricht von einer „im ungarischen Grenzgebiet neu sprudelnden Einnahmequelle“ für „kommerzielle Schlepperorganisationen“.

### Im Widerspruch zu Verträgen — wie BRD-Bürger gemacht werden

Mit der Schlagzeile „Bonn verteilt Fässer in Budapest“ bestätigte „Die Welt“ die Praktiken der im Widerspruch zu allen zwischen DDR und BRD geschlossenen Verträgen und der Schlußakte von Helsinki stehenden

Zuglitzig Auskunft.“ „Die Zeit“, Hamburg: „Die Frauen und Männer, die den Flüchtlingen hier helfen, tragen ebenfalls das Erkennungszeichen des ungarischen Malteser-Caritas-Dienstes, sind aber in Wahrheit deutsche Konsular- und Botschaftsbedienstete, die sozusagen in der Freizeit in die Rolle des christlichen Ritters schlüpfen.“

Bonner „Obhutspflicht“ gegenüber Bürgern der DDR.

In Lagern in Budapest lief die Prozedur zur „Gewinnung von DDR-Bürgern“ wie folgt ab:

— Mitarbeiter der BRD-Botschaft

lassen sich zunächst die Personalausweise der DDR vorlegen. Ein DDR-Bürger erhält den Auftrag, als Gruppenleiter für 5–10 Personen zu fungieren. Jede Gruppe erhält eine laufende Nummer.

— Nach Ausfüllung der Anträge zur Ausstellung von Reisepässen der BRD erhalten die betreffenden Personen den Auftrag, zwei farbige Paßbilder anfertigen zu lassen und diese kurzfristig abzugeben. (Es erfolgt der Hinweis, wo in Budapest an Automaten Paßbilder angefertigt werden.)

— Die Bürger der DDR werden angehalten, sich nur mit dem Vornamen anzusprechen. Der Gruppenleiter hat den Auftrag, die ihm anvertrauten Personen bis zu dem Zeitpunkt zu „betreuen“, wo die Gruppe über Lautsprecher zu einer Gesprächsrunde gerufen wird. Die Gespräche führen Mitarbeiter der Botschaft der BRD in der UVR.

— Bei den Befragungen wird seitens der Mitarbeiter der Botschaft der drohende Hinweis gegeben, daß die Beantragung und spätere Entgegennahme eines Reisepasses der BRD

### Konzertierte Aktion zwischen Bundesregierung und Medien

Die Rolle von Medien in der BRD bei der Menschenhändleraktion wurde von Regierungssprecher Klein ausdrücklich in einer namens der Bundesregierung abgegebenen Erklärung gewürdigt. Sogar von vernünftigen Stimmen in der Öffentlichkeit der BRD selbst war das pausenlose Trommelfeuer von Rundfunk- und Fernsehsendern sowie von vielen Zeitungen als Journalismus im Stile einer Frontberichterstattung charakterisiert worden. Sie griffen darüber hinaus vor Ort selbst aktiv

### „Tag X“ unter Regie von Innenministerium und Bundesgrenzschutz

In der BRD selbst hatte das Bundesgrenzschutzkommando Süd unter Leitung von hohen Beamten des Innenministeriums einen „Sonderstab“ für den „Tag X“ gebildet, der nach eigenen Angaben „rund um die Uhr“ tagte.

— Bei Passau und Freilassing werden Ende August insgesamt vier Zeltlager mit jeweils 1000 bis 1200 Plätzen errichtet. Die Weisung dazu kam aus dem Bundesinnenministerium und von der bayerischen Staatsregierung. Es gehe darum, so Regierungssprecher Klein, „sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten“.

— dpa meldet unter Berufung auf „gutunterrichtete Kreise“ in Bonn, die Bundeswehr wolle mindestens 5000 Unterkunftsplätze in Kasernen im Süden wie im Norden der BRD zur Verfügung stellen. Auch der Bundesgrenzschutz bereite die Aufnahme von DDR-Bürgern vor. „Es ist wie eine Katastrophensübung“, schildert der Kreisvorsitzende des bayerischen Roten Kreuzes die Situation.

— Kanzler Kohl verkündet am 29. August bei einer dreistündigen Koalitionsrunde, an der unter anderem Innenminister Schäuble, Kanzleramtsminister Seitzers, Finanzminister Waigel, Fraktionsvorsitzender Dregger und Wirtschaftsminister Haussmann teilnehmen, es müsse mit einem erheblichen Zustrom von DDR-„Flüchtlingen“ gerechnet werden.

— Über den genauen Zeitpunkt für den „Tag X“ wird in Bonn bis zuletzt Stillschweigen bewahrt. Doch die politisch Verantwortlichen wußten, so das in Berlin (West) erscheinende „Volksblatt“, „wann es losgehen sollte“. „Im Auswärtigen Amt liefen seitdem die Vorbereitungen. Genscher, noch im Genesungsurlaub, telefonierte mit seinem Budapest Amtskollegen Horn und mehrfach mit dem ungarischen

bei Bekanntwerden in der DDR im Falle einer Rückkehr nach dort zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren führen würde.

Besonders aktiv wirken in den Lagern der sich als Vertreter der „Johanniter Unfallhilfe“ ausgebende Mitarbeiter des Bonner Auswärtigen Amtes Mulack und der Botschaftsrat der diplomatischen Vertretung der BRD in der UVR, Kriehoff.

Das alles steht im eklatanten Widerspruch zu den Festlegungen der Wiener Konsularkonvention, der die DDR und die BRD gleichberechtigt beigetreten sind. Die diplomatischen Aktivitäten Bonns stellen zugleich eine grobe Verletzung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vom 21. Dezember 1972 dar, in dem sich beide Seiten im Artikel 6 verpflichteten, von dem Grundsatz auszugehen, „daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.“

in die Vorbereitung und Durchführung von Provokationen ein. Dem „Stern“ zufolge waren beispielsweise Reporter der „Bild-Zeitung“ und des „Bayerischen Rundfunks“ dabei nicht zimperlich. So versprachen sie DDR-Bürgern als Honorar für ein Interview, einen „Fluchthelfer“ zu besorgen. Als „Bild“-Reportern das Geld auszugehen drohte, wurden weitere 100 000 DM lockergemacht und neue Stories inszeniert. Im Budapest Hotel „Bartok Szallo“ werden von der Zeitung für DDR-Bürger 45 Betten gemietet.

schen Bonn-Botschafter Istvan Horvath über Einzelheiten der Abwicklung.“ „Es fällt auf“, so schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ am 31. August, „daß die Absprache zwischen dem Bundesinnenministerium und dem bayerischen Sozialministerium über die Errichtung der vier Zeltlager kurz nach dem zunächst geheimgehaltenen Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Nemeth und des ungarischen Außenministers Horn in Bonn herbeigeführt wurde.“

— Die Bundesregierung treibt die Vorbereitungen für den gezielten Menschenhandel stündlich weiter voran. In den Zeltlagern übernimmt der Bundesgrenzschutz die Überwachung. Zur Lagerleitung gehören jeweils ein Vertreter des Bundesinnenministeriums und ein Offizier des Bundesgrenzschutzes.

— Inzwischen werden für den „Tag X“ Sonderzüge und Busse geordert. Bonn bestellt bei den österreichischen Eisenbahnen zum 6. September 50 Waggons zu je 68 Sitzplätzen. Sie sollen in der Nähe zur ungarischen Grenze DDR-Bürger aufnehmen und in die BRD bringen. Der Sprecher der Bundesbahndirektion München, Helmut Schwaiger, meldet: Die deutsche Bahn stehe in „Achtungstellung“ und könne innerhalb einiger Stunden „gezielt reagieren“.

— In den Lagern des Roten Kreuzes in mehreren Bundesländern werden fieberhaft Fahrzeuge mit Zelten, Decken, Betten und Bekleidung beladen. Zielorte sind die Zeltlager Passau, Freilassing und Bad Reichenhall.

— Das Bundesinnenministerium weist an, daß bis zum Montag, dem 11. September, die Aufstellung von Zeltstädten mit Verpflegungsstellen

und sanitären Einrichtungen abgeschlossen sein soll.

— Es werden auch Bundeswehrkasernen zur Verfügung gestellt. In einigen Fällen werden Wehrpflichtige vorzeitig entlassen, um Platz zu schaffen.

— Vorbereitet wird hektographiertes Papier, das als Gutschein für eine Tankfüllung gilt. Die aus Bussen des Bundesgrenzschutzes heraus verteilten Benzinbons sind an den nächst-

gelegenen Autobahntankstellen einzulösen.

Zum stabsmäßig organisierten Menschenhandel gehört nach der ersten amtlichen Erfassung in der BRD und geheimdienstlicher Ausforschung in den Auffanglagern auch der Grundsatz, daß die Abgeworbenen sich nicht ansässig machen können, wo sie wollen, sondern nach präzise festgelegtem Schlüssel auf einzelne Bundesländer verteilt werden.

### „Hier ist die Arbeitskraft eine Ware“

Wie es um die den Abgeworbenen versprochene „goldene Zukunft“ in Wahrheit bestellt ist, formuliert ungeschminkt ein leitender Mitarbeiter der Firma Adia Interim, einem berechtigten Leiharbeiter-Unternehmen, gegenüber DDR-Bürgern: „Hier im Westen ist die Arbeitskraft eine Ware, und eine Ware kann man verleihen.“ Und so sehen auch die Praktiken aus. Der US-Nachrichtenagentur AP zufolge betrachten solche Leiharbeitsfirmen, die Arbeitskräfte je nach Bedarf kurzfristig und ohne soziale Absicherung zu Hungerlöh-

nen verhökern, die mit derartigen Praktiken in keiner Weise vertraut als ihre besondere Beute. Die Gewerkschaft ÖTV weist auf die Gefahr hin, daß die DDR-Bürger „von unseriösen Arbeitgebern ausgetrickelt werden“ und daß „Neuankömmlinge, die vielfach auf eine lange Berufserfahrung zurückblicken können, in der Bundesrepublik mit einer Bezahlung als Hilfskraft abgestripelt werden“. In der „Passauer Neuen Presse“ heißt es, Ärzte könnten „notfalls auch als Lastwagenfahrer und Maurer ihren Mann stehen“.

### Keine Hoffnung auf bezahlbare Wohnung

Bereits bei ihrer Ankunft in den bayerischen Aufnahmelagern mußten die Abgeworbenen feststellen, daß ihnen zumeist in Bezug auf Wohnung keine festen Zusagen gemacht werden konnten. Bei enorm angestiegenen Mieten, rund einer Million fehlender Wohnungen und rücksichtsloser Ausnutzung dieser Mangellage durch Vermieter und Spekulanten sind, wie Kommunalpolitiker urteilen, die Chancen vieler Neuankömmlinge, die Unterbringung sei „katastrophal“ und „teilweise menschenunwürdig“.

Vermieter von Wohncontainern haben gegenwärtig Hochkonjunktur, berichtet der Hamburger „Spiegel“. Bereits vor Jahresfrist habe eine solche gerade 17 Quadratmeter große Wohnkiste, in der bis zu drei Menschen zusammengepfercht werden, knapp 500 DM Monatsmiete gekostet. Nun seien sie „massig im Preis gestiegen“.

Zu den Wohnungsproblemen gesellen sich auch die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Kinder: In der BRD fehlen gegenwärtig rund 500 000 Kindergartenplätze. Hinzu kommt die Frage der Kosten, denn ein Platz kostet monatlich zwischen 260 und 600 DM.

In Hamburg sollen nach Auskunft der Sozialbehörde rund 600 DDR-Bürger zunächst in mehr als 160

Wohnwagen leben, die auch für den Winter „zumutbar“ seien. In Schleswig-Holstein sind sogar Kasernen als Unterbringung vorgesehen. Nordrhein-Westfalens Sozialminister Herrmann Heinemann konstatierte, die Unterbringung sei „katastrophal“ und „teilweise menschenunwürdig“.

Vermieter von Wohncontainern haben gegenwärtig Hochkonjunktur, berichtet der Hamburger „Spiegel“. Bereits vor Jahresfrist habe eine solche gerade 17 Quadratmeter große Wohnkiste, in der bis zu drei Menschen zusammengepfercht werden, knapp 500 DM Monatsmiete gekostet. Nun seien sie „massig im Preis gestiegen“.

Zu den Wohnungsproblemen gesellen sich auch die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Kinder: In der BRD fehlen gegenwärtig rund 500 000 Kindergartenplätze. Hinzu kommt die Frage der Kosten, denn ein Platz kostet monatlich zwischen 260 und 600 DM.

### Nach anfänglicher Euphorie kommt das Tal der Enttäuschung

Nach anfänglicher Euphorie tauchten viele DDR-Bürger in ein Tal der Enttäuschung ein, konstatiert der Gießener Psychologe Prof. Christian Friedrich, der mehr als 100 von ihnen befragte. „Es ist nicht so leicht, bei Null anzufangen. Da ist die Euphorie schnell weg, und das rosarote Bild der Bundesrepublik verwandelt sich in tristes Grau“, erklärte der Wissenschaftler. „Soziale Isolation, Anonymität des Lebens, Schwierigkeiten bei der Bewältigung ungewohnter Alltagsprobleme, Ablehnung durch viele Mitmenschen, familiäre Spannungen, Abwendung von im Westen alteingesessenen Verwandten, sozialer Abstieg durch nicht anerkannte

Examina und Qualifikation, Arbeitslosigkeit, Wohnungsprobleme und Ärger mit Behörden sind die häufigsten Ursachen der Unzufriedenheit mit dem Leben“ in der BRD. Vor allem das Nebeneinanderleben mache den Menschen aus der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen. Wenn sie in der Bundesrepublik sind, „fördert die Vereinsamung das Heimweh“. Die „Braunschweiger Zeitung“ schreibt über einen 20jährigen DDR-Bürger: „Seine Erwartungen an das Leben hier sind hoch. Er möchte eine Arbeitsstelle, eine Wohnung, ein Auto, Paris sehen. Ihm ist kaum bewusst, daß viele, die vor ihm kamen, mit ihren Erwartungen gescheitert sind.“

Alles Gerede in der Bundesrepublik von „Menschlichkeit“ und „Menschenrechten“ erweist sich wieder einmal als Lug und Trug. Der von Kräften der Bundesrepublik organisierte und stabsmäßig geplante Menschenhandel dient allein der revanchistischen, großdeutschen Politik einer Wiederherstellung des „Großdeutschen Reiches in den Grenzen von 1937“, der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung. Es ist der Versuch, das 40jährige sozialistische Aufbauwerk der Bürger der DDR zu diskreditieren. Dieser Versuch wird scheitern, aber verantwortliche politische Kräfte der BRD haben sich vor aller Welt als diejenigen entlarvt, die in massiver Weise den Prozeß der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa gefährden.